Briefkasten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **28 (2001)**

Heft 5

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ziviler Friedensdienst

Gleichzeitig mit der Initiative «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» hat die «Gruppe Schweiz ohne Armee» eine andere Initiative unter dem Titel «Solidarität schafft Sicherheit: für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)» eingereicht. Dieser «trägt im In- und Ausland dazu bei, Gewaltverhältnisse abzubauen sowie deren Neuentstehung zu verhindern».

Regierung und Parlament weisen darauf hin, dass die Schweiz auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit und Friedensförderung bereits im Sinne der Initiative tätig ist, dass die konkrete Friedensarbeit ständig professioneller wird, dass Dienstverweigerer aus Gewissensgründen bereits heute die Möglichkeit haben, Zivildienst zu leisten, und dass schliesslich die Annahme der Initiative zur Folge hätte, dass der Bund Aufgaben übernehmen müsste, die gegenwärtig von Nichtregierungsorganisationen erfolgreich wahrgenommen werden. Die Befürworter der Initiative machen ihrerseits geltend, dass der gegenwärtige Zivildienst nur ein Ersatzdienst für Verweigerer aus Gewissensgründen ist und seine Weiterentwicklung im Sinne der Initiative von Vorteil wäre. Es würde sich dabei um einen freiwilligen Dienst handeln, dessen Aufgabe es wäre, Gewaltverhältnisse in der Schweiz und im Ausland in Zusammenarbeit mit Organisationen vor Ort abzubauen. Die Ausbildung der Freiwilligen würde in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Privaten erfolgen und die Einsätze würden an den Zivildienst angerechnet. Anzumerken ist ausserdem, dass diese Initiative im Gegensatz zu jener «für eine Schweiz ohne Armee» keine Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes fordert.

Kapitalgewinnsteuer

Die Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer» schliesslich stammt aus den Reihen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Vor zwei Jahren mit 104 000 gültigen Unterschriften eingereicht, verlangt sie die Besteuerung von Kapitalgewinnen zu einem einheitlichen, proportionalen Satz von 20 bis 25 Prozent. Sie sieht auch die Möglichkeit vor, dass Kapitalverluste im Steuerjahr und während höchstens zweier weiterer Jahre mit den Kapitalgewinnsteuern verrechnet werden können. Der SGB hält es für nicht mehr vertretbar, dass Gewinne von Privatpersonen durch den Verlauf von Aktien den Steuerbehörden vorenthalten werden. Tatsächlich sind Kapitalgewinne vorderhand steuerfrei. Der SGB schätzt, dass die vorgeschlagene Steuer jährlich zwischen 400 Millionen und einer Milliarde Franken (laut Bundesrat 100 bis 400 Millionen) einbringen würde.

Für Regierung und Parlament wäre diese Steuer aus dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit sicher zu rechtfertigen, würde aber namentlich zur Vermögenssteuer in Konkurrenz treten und wäre wenig rentabel und administrativ schwerfällig.

Eidgenössische Volksabstimmungen

2. Dezember 2001

- Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse
- Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»
- Volksinitiative «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»
- Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)»
- Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer»

Daten der nächsten Abstimmungen

3. März / 2. Juni / 22. Sept. / 24. Nov. 2002

Der Bundesrat hat beschlossen, die Volksabstimmung über das neue Gesetz über den Elektrizitätsmarkt auf das nächste Jahr zu verschieben. Der Bundesrat möchte, dass die Stimmbürger ihre Meinung in Kenntnis der Modalitäten des liberalisierten Elektrizitätsmarkts abgeben können. Diese werden jedoch nicht vor Dezember bekannt sein.

PAT

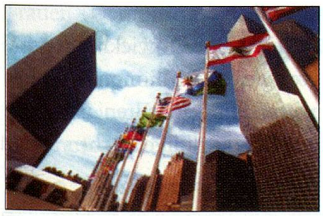
Bookmarks

http://www.admin.ch/

Übersetzt aus dem Französischen durch Georges Manouk.

Nicht ganz dicht?

FOKUS, Uno 03/2001



Wenn «die Schweiz nach allen Seiten offen» ist, dann dürfte sie nicht ganz dicht sein! Diese moderne, wenn nicht gar modisch, multikulturelle Metapher des ersten Halbsatzes sollte sich die Eidgenossenschaft nicht zu eigen machen, wie Herr Pablo Crivelli hofft. Nach allen Seiten hin offen sein, kann nur heissen, dass man keinen eigenen Standpunkt hat, sondern nur noch eine beliebige Sammlung von Standpunkten verwaltet. Das dürfte auch ein falsches Verständnis von Toleranz und Freiheit signalisieren.

Dr. Theo Brune, Bad Iburg (D)

Danke für die Lager!

Bereits das dritte Jahr hintereinander durften unsere Kinder an den Sommerlagern der Stiftung für junge Auslandschweizer teilnehmen, und das angesichts unseres nicht so dicken Portemonnaies sogar zu ermässigten Preisen. Jedes Mal kommen sie ganz erfüllt davon nach Hause und schwärmen von der Schweiz und den internationalen Kontakten, die sie knüpfen durften. Dafür sei der Stiftung, nicht zuletzt aber auch den engagierten Teams unter der bewährten Leitung Franz Kellers, ein ganz dickes «Merci!» gesagt.

Christian Theile (D)

Flagge zeigen!

Ende Juli-August machte ich mit meiner englischen Frau 14 Tage Ferien in Wilderswil. Von da aus unternahmen wir einen Ausflug auf das Jungfrau-Joch. Für mich, der 1957 nach England ausgewandert ist, war das wieder ein sehr schönes Erlebnis. Am 1. August reisten wir über den Brünig, Luzern, Zürich, Kloten. In Luzern machten wir einen Zwischenhalt. Aber was war geschehen? Sind die Schweizer nicht mehr patriotisch? Ich war so enttäuscht, konnte es kaum glauben: Wo sind die bunten Fahnen vor den Häusern? Und von Interlaken bis Kloten keine einzige Person in Tracht!

René Keusch, Birmingham (GB)